

## KOLUMNE ZUR ÖKUMENISCHEN SOZIALINITIATIVE (VI)

Die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der EKD haben 2014 den Impulstext „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ vorgelegt. Ziel dieser Ökumenischen Sozialinitiative ist es, eine breite gesellschaftliche Debatte über die Gestaltung einer gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung anzustoßen. Im Zuge dieser Diskussion befassen sich die Wirtschafts-Kolumnen der „Tagespost“ derzeit mit den zehn Kapiteln der Sozialinitiative und setzen sich jeweils mit einer der Thesen dieser Sozialinitiative auseinander. Im Internet besteht auf der Seite [www.sozialinitiative-kirchen.de](http://www.sozialinitiative-kirchen.de) zudem die Möglichkeit, selbst Kommentare zur Sozialinitiative zu verfassen. Außerdem kann dort Einblick in den Text der jeweiligen These genommen werden.

## Die Zukunft der Gesellschaft

VON PROFESSOR KLAUS STÜWE

„Die deutsche Bevölkerung schrumpft und altert zugleich.“ Mit dieser Aussage wird die demographische Entwicklung unseres Landes von der ökumenischen Sozialinitiative der Kirchen zutreffend beschrieben. Nach den Modellberechnungen des Statistischen Bundesamtes wird die Bevölkerung Deutschlands bis zum Jahr 2060 von derzeit rund 81 Millionen auf 65 bis 70 Millionen Menschen sinken. Auch der Altersaufbau der Bevölkerung wird sich in den nächsten 50 Jahren



Professor Klaus Stüwe.

Foto: privat

erheblich verändern. Der Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung wird deutlich steigen. Im Jahr 2060 wird jeder Dritte (34 Prozent) 65 Jahre oder älter sein.

Zwei Ursachen stehen hinter dieser Entwicklung. Zum einen befindet sich die Geburtenrate in Deutschland seit den 1970er Jahren auf einem anhaltend niedrigen Niveau von durchschnittlich rund 1,4 Kindern je Frau. Sie liegt damit deutlich unterhalb der Quote von 2,1 Kindern, die für den Ersatz der Elterngeneration notwendig wäre. Zudem steigt die Lebenserwartung in Deutschland wie in anderen entwickelten Ländern stetig an. Nach den Annahmen des Statistischen Bundesamtes wird sie bei neugeborenen Jungen bis zum Jahr 2060 um acht auf 85 Jahre und bei neugeborenen Mädchen um sieben auf 89 Jahre steigen.

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieses demographischen Wandels werden beträchtlich sein. Vor allem die Finanzierung der gesetzlichen Rente wird angesichts des ungünstigen Verhältnisses zwischen der steigenden Zahl der Ren-

tenempfänger und der geringer werdenden Zahl an Beitragszahlern zunehmend schwierig werden.

Auf die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die „umlagefinanzierten solidarischen Sicherungssysteme“ konzentriert sich auch die These 6 des gemeinsamen Papiers der evangelischen und katholischen Kirche: „Gemeinsame Verantwortung heißt, die mit dem demographischen Wandel einhergehenden sozialen Belastungen gerecht zu verteilen.“ Dazu fallen im Text einige wichtige Stichworte wie „mehr Flexibilität beim Rentenalter“, „Notwendigkeit einer mehrfachen Weiterqualifizierung“ oder „Berücksichtigung von Erziehungs- und Pflegezeiten bei der Rente“.

Doch es reicht nicht aus, sich nur um stabile Beitragssätze in den umlagefinanzierten Sicherungssystemen kümmern. Rentenreformen können lediglich dazu dienen, die ökonomischen und sozialen Folgen des demographischen Wandels zu beeinflussen und eine gerechtere Verteilung der damit verbundenen finanziellen Belastungen anzustreben. Eine zukunftsgerichtete Politik aber sollte nicht bloß reagieren, sondern versuchen, die demographische Entwicklung mitzugestalten.

Insbesondere die Familie ist für die demographische Entwicklung von zentraler Bedeutung. Familie ist ja nicht nur ein Ort der Geborgenheit, Wertevermittlung, Solidarität und Erziehung, sondern sie ist vor allem auch der Ort, an dem Kinder leben. Das niedrige Geburtenniveau geht unter anderem auf einen Wandel traditioneller Familienformen und einen hohen Anteil kinderloser Paare zurück. Das Ziel, den Bevölkerungsrückgang und die Alterung der Gesellschaft zumindest abzumildern, bedeutet deshalb zunächst einmal, familienfreundlichere Bedingungen zu schaffen.

Es wirkt ein wenig fatalistisch und mutlos, wenn die Kirchen feststellen: „Auch eine engagierte Familienpolitik wird die gegenwärtige demographische Entwicklung nicht kurzfristig umkehren können“. Dass die Effekte einer familienfreundlichen Politik nicht in kurzer Zeit zu messen sind, ist klar. Und es wäre sicher verkehrt, die Steigerung der Geburtenrate als primäres Ziel von Familienpolitik zu sehen. Aber es ist unbestritten, dass familienpolitische Leistungen einen Einfluss auf die Zahl der Geburten haben.

Denn es bleibt eine wichtige Voraussetzung zur Entscheidung für Elternschaft, dass Frauen und Männer familienfreundliche Bedingungen vorfinden. Dazu gehört, dass sich Beruf und Familie gut miteinander vereinbaren lassen und dass diejenigen Mütter und Väter ausreichend unterstützt werden, die die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder selbst wahrnehmen. Die realen Lebensbedingungen für Familien, für Eltern und Kinder, stehen dazu leider allzu oft im Widerspruch.

Auch die Kirchen sind hier in der Pflicht. Ein Debattenbeitrag der Kirchen zum Umgang mit dem demographischen Wandel sollte sich nicht darin erschöpfen, Empfehlungen zur sozialverträglichen Umgestaltung des Rentensystems zu geben. Als gesellschaftliche Akteure und als Werte stiftende Institutionen müssen die Kirchen vielmehr immer wieder darauf verweisen, welche Bedeutung die Familie für die Zukunft unserer Gesellschaft hat.

Der Autor lehrt Politikwissenschaft und ist Direktor des „Zentralinstituts für Ehe und Familie in der Gesellschaft“ an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.